

Alain Jaccard löst Gottfried Neuhold als Präsident ab

Wechsel im Präsidium der Fachorganisation Kommunale Infrastruktur: Gottfried Neuhold wird nach sechs Jahren vom bisherigen Vizepräsidenten Alain Jaccard, Leiter Infrastructures et Energies in Morges, abgelöst. An der von 70 Personen besuchten Mitgliederversammlung an der Suisse Public in Bern informierte Hans-Peter Fahrni vom Bundesamt für Umwelt über die anstehende Revision der technischen Verordnung über Abfälle 2010.

Kommunale Infrastruktur (KI) blickt auf ein reichbefruchtetes Geschäftsjahr 2008 zurück. Nach den Ausführungen von Geschäftsführer Alex Bukowiecki standen im Berichtsjahr insbesondere fünf Themenbereiche im Vordergrund: die regionale Zusammenarbeit im Bereich Infrastruktur, die getrennte Sammlung von Abfällen, das Littering, die Verwertung von biogenen Abfällen und die Energiepolitik. Die Fachorganisation hat im letzten Jahr zudem drei neue Publikationen herausgegeben: eine Image-Broschüre, eine Informationsbroschüre zur Sammlung und Verwertung von Altpapier sowie eine Empfehlung für den Umgang mit Haftungsfragen beim Abfallsammeldienst.

Kommunale Interessen verstärkt einbringen

Im laufenden Jahr will die Fachorganisation gemäss Bukowiecki die kommunalen Interessen in der Umwelt- und Energiepolitik noch stärker einbringen. Städte und Gemeinden müssten als umsetzungsstarke Partner in den politi-

schen Prozess stärker integriert werden. Speziell in der nationalen Energiepolitik würden die Weichen noch ohne angemessenen Einbezug der Kommunen gestellt. Weitere aktuelle Projekte sind eine Rahmenvereinbarung mit den Pendlerzeitungen, eine Mitgliederbefragung zum Infrastrukturmanagement, eine Erhebung der Kosten der kommunalen Abfallwirtschaft in allen Gemeinden und die Erarbeitung eines kommunalen Positionspapiers zur Abfallwirtschaft.

Die Fachgruppe Abfälle befasst sich unter anderem mit der Frage einer allfälligen Separatsammlung von Kunststoffen und Getränkekarton sowie mit der Forderung einer teuerungsbedingten Anpassung der vorgezogenen Entsorgungsgebühr beim Glas. Die Fachgruppe Strassen erarbeitet eine Publikation «Sauberkeitsindex» sowie eine Empfehlung zur Werkhofplanung. In der Fachgruppe Abwasser steht die Diskussion der Phosphorrückgewinnung sowie ein Planungsmodell «Finanzierung Abwasserentsorgung» auf dem Programm.

Beat Ammann ist neuer Vizepräsident

Präsident Gottfried Neuhold hat sein Amt nach zwei Amtsperioden abgegeben, er arbeitet aber weiter im Vorstand mit. Die Versammlung wählte Alain Jaccard, seit 2003 Vizepräsident, zum Nachfolger Neuholds sowie Beat Ammann, Präsident der Fachgruppe Abwasser und Direktor Ara Region Bern AG, zum neuen Vizepräsidenten. Die weiteren Mitglieder des Vorstands sind: Antoine Benacloche, Neuchâtel (bisher), Bernhard Jurt, Luzern (bisher), Max Reifler, Winterthur (bisher), Laurent Balsiger, Pully (neu), Renate Amstutz, Direktorin Schweizerischer Städteverband, Ulrich König, Direktor Schweizerischer Gemeindeverband, Harry Künzle, Präsident Fachgruppe Umwelt und Energie, Daniel Schneeberger, Präsident Fachgruppe Strassen, Hans Ulrich Schwarzenbach, Präsident Fachgruppe Abfälle.

Revision der technischen Abfallverordnung

Hans-Peter Fahrni, Chef der Abteilung Abfall und Rohstoffe im Bundesamt für Umwelt (Bafu), informierte über die derzeit laufende Revision der technischen Verordnung über Abfälle (TVA) 2010. Die Revision sei notwendig, weil einige Bestimmungen in den letzten 19 Jahren veraltet seien, die Anforderungen an Standorte für Schlackendepotien angepasst werden müssten und die vom Parlament überwiesene Motion Schmid zu den Industrie- und Gewerbeabfällen umgesetzt werden müsse. Gleichzeitig, so Fahrni, gelte es, das heutige Schutzniveau von Mensch und Umwelt zu erhalten oder allenfalls zu verbessern. Ziel ist es, die revidierte TVA im nächsten Jahr in Kraft zu setzen. Fahrni betonte mit Blick auf die Revision, oberstes Ziel der schweizerischen Abfallwirtschaft sei die nachhaltige Nutzung von Rohstoffen, das heisst, die stoffliche oder energetische Verwertung, wenn die Umweltbelastung klei-



Der neue Präsident Alain Jaccard (links), Morges, und der bisherige Präsident Gottfried Neuhold, Zürich, an der Suisse Public in Bern. (Bilder: Nina Aemisegger)

ner sei als durch Abfallbe-
seitigung und Neuproduktion.
Ein neues Ziel in der Schweizer
Abfallpolitik sind ökologisch optimierte
Produkte. Die Schweiz
setze sich für eine Senkung
der Umweltbelastung und
des Ressourcenver-
brauchs aus Herstellung,
Gebrauch und Entsorgung
von Gütern ein, erklärte
Fahrni.

Mit der Revision sollen die
sich aus der technischen
Entwicklung ergebenden
Verbesserungsmöglichkeiten
genutzt werden, soweit dies mit verhältnismä-
ssigen Mehrkosten möglich und wirt-
schaftlich tragbar ist. Die Aufsichts-
behörden müssten durch klare Zielvorga-
ben und Emissionsbegrenzungen sowie
durch eine wirksame Kontrolle der Vor-
gaben dafür sorgen, dass die Umwelt-
belastung aus der Abfallentsorgung
nicht ansteige. Der Bund will die Schad-
stoffemissionen, wo technisch möglich
und wirtschaftlich tragbar, weiter sen-
ken. Ein weiteres wichtiges Ziel ist die
Gewährleistung der Entsorgungssicher-
heit.

**Für Städte und Gemeinden
relevant**

Die neue TVA enthält gemäss Fahrni
eine Reihe von Punkten, welche die Ge-
meinden und Städte stark tangieren. So
wird beispielsweise zu entscheiden
sein, welche Abfälle aus Industrie und
Gewerbe zukünftig nicht mehr dem
Staatsmonopol (minimaler verwertbar-
er Anteil, Mengenschwelle) unterstellt
sein sollen. Aus kommunaler Sicht von
Bedeutung ist die Frage der Mindestan-
forderung an die Energienutzung bei
neuen oder massiv umgebauten KVA



Hanspeter Fahrni, Bundesamt für Umwelt, informierte über die anstehende Revision der technischen Verordnung über Abfälle.

sowie die Mindestanforderungen an die
Rückgewinnung von Eisen und Nicht-
eisenmetallen aus der KVA-Schlacke,
die Mindestanforderungen an Nach-
sorge bei Deponien. Eine weitere für die
Kommunen interessante Frage ist die
der zukünftigen Rückgewinnung von
Phosphor aus Klärschlammasche. Eine
Begleitgruppe wird im Sommer die
Diskussion der Thesen abschliessen. Die
Arbeitsgruppen werden ihre Resultate
spätestens im Herbst an das Bafu lie-
fern, dieses wird einen ersten Entwurf
erarbeiten und im Herbst in der Begleit-
gruppe diskutieren. Danach wird das
Bafu eine Fassung für die Anhörung
und einen erläuternden Bericht verfas-
sen und Anfang 2010 eine breite Anhö-
rung starten.

**Liberalisierung der
Gewerbekehrrechtsammlung**

Im Rahmen der Revision der TVA soll
auch die Motion zur Liberalisierung der
Gewerbekehrrechtsammlung (Motion
Schmied) umgesetzt werden. Fahrni
stellte dazu fest, das bestehende Entsor-
gungssystem sei flächendeckend, um-
weltgerecht, zuverlässig und kosten-
günstig. Bei der Umsetzung der Motion

Kommunale Infrastruktur (KI) ist eine
Fachorganisation des Schweizerischen
Gemeindeverbandes und des
Schweizerischen Städteverbandes.
Sie setzt sich politisch und fachlich
für ein nachhaltiges Management
der kommunalen Infrastrukturen ein.
Die KI vertritt die kommunalen Inte-
ressen auf Bundesebene in Politik
und Verwaltung.

Fünf ständige Fachgruppen funk-
tionieren als Plattformen für Erfah-
rungsaustausch und Meinungsbil-
dung. In den Fachgruppen treffen
sich engagierte Mitglieder aus Städ-
ten, Gemeinden und Zweckverbän-
den mindestens zweimal jährlich
zum Erfahrungsaustausch, Koordin-
ation von Projekten und zur Mei-
nungsbildung. Die Fachgruppenmit-
glieder wirken auch bei den Ver-
nehmlassungen mit. Zurzeit führt die
KI folgende ständige Fachgruppen
mit jeweils 10 bis 20 Mitgliedern: Ab-
fälle, Abwasser, Strassen, Umwelt
und Energie, Immobilien.

sei die Frage der Mindestabfallmenge
pro Betrieb zu klären. Wichtig sei, dass
eine Vermischung mit nassen Abfällen
und eine «Rosinenpickerei» verhindert
würden, die Entsorgungssicherheit
müsse langfristig gewährt bleiben. Für
den Bafu-Abfallspezialisten ist klar, dass
es zu keinem völlig liberalisierten Wett-
bewerb mit freiem Entscheid für jeden
Haushalt kommt. «Das wäre aus ökolo-
gischer und ökonomischer Sicht Un-
sinn.»

Eine KI-Arbeitsgruppe hat bereits Vor-
schläge zur Umsetzung der Motion erar-
beitet und dem Bafu präsentiert. Die KI
fordert sinnvolle Mengenschwellen von
beispielsweise 50 Jahrestonnen für
Grossbetriebe, ab welcher der Gewer-
bekehrrechtmarkt liberalisiert wird. Für
die KI nimmt in jedem Fall die Gefahr zu,
dass den privaten Entsorgern lukrative
Grossmengen zufallen, während der
kommunale Sammeldienst auch die
teure Grundversorgung für dezentral
gelegene Kleinbetriebe aufrechterhal-
ten muss. Dies führe zu einer Verteue-
rung der kommunalen Sammlung pro
gesammelte Tonne, so dass sich die Ge-
bühren für die verbleibenden Gebüh-
renzahler erhöhen. Somit finanzierten
letztlich diese die neue Entsorgungsfrei-
heit der Gewerbebetriebe. Daher muss
nach Ansicht der KI mindestens die
Pflicht zur Grundgebührenbezahlung
aufrechterhalten werden, auch wenn
ein Betrieb einen privaten Sammel-
dienst wählt.

Steff Schneider

VORANKÜNDIGUNG

Kommunale Energiepolitik: Handlungsspielraum nutzen

Die Fachorganisation Kommunale Infrastruktur führt zusammen mit dem Schweizerischen Städteverband und dem Schweizerischen Gemeindeverband am 27. Oktober in Olten eine Tagung zum Thema Kommunale Energiepolitik durch. In der Energiepolitik werden die Leitplanken durch den Bund und die Kantone gesetzt. Die Umsetzung von Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zur Förderung erneuerbarer Energien hängt jedoch massgeblich vom Engagement der Gemeinden und Städte ab. Die Tagung vermittelt den kommunalen Entscheidungsträgern den nötigen Überblick über die Programme des Bundes und der Kantone und zeigt anhand von Beispielen Umsetzungsmöglichkeiten in der Gemeinde auf. Die Tagung richtet sich an Entscheidungsträger in Städten und Gemeinden sowie an Branchenfachleute.

Programm und weitere Informationen ab 1. August in der «Schweizer Gemeinde» und unter www.kommunale-infrastruktur.ch